



## **Stellungnahme der BAG WfbM zum Gesetzentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) vom 23.06.2016**

- 5 Die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen vertritt 700 Werkstätten für behinderte Menschen an 2.700 Standorten in ganz Deutschland. Derzeit ermöglichen Werkstätten für behinderte Menschen in Deutschland rund 300.000 Menschen mit geistigen, körperlichen und psychischen Behinderungen die Teilhabe am Arbeitsleben.

- 10 Primäre Aufgabe der Werkstätten ist es, die Teilhabe am Arbeitsleben zu gestalten. Dazu stellen Werkstätten eine Vielzahl an Arbeitsangeboten bereit, die Art und Schwere der Behinderung sowie den Neigungen der Menschen mit Behinderungen Rechnung tragen.

### **Zu den Zielen des Bundesteilhabegesetzes**

- 15 Die BAG WfbM unterstützt das Ziel der Bundesregierung, das „Recht der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu reformieren und zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln“. Allerdings erreicht der Gesetzentwurf die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele nicht.

Eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen ist nur möglich, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam an den Zielen des Koalitionsvertrages mitwirken und die Leistungen der Eingliederungshilfe ausreichend finanziert werden.

- 20 Nur durch eine konsequente Umsetzung von Regelungen auf Bundesebene können qualitativ hochwertige Leistungen für Menschen mit Behinderungen an jedem Ort in der Bundesrepublik erbracht werden. Die BAG WfbM spricht sich daher entschieden dagegen aus, gleiche Lebenssachverhalte auf Länderebene unterschiedlich zu regeln. Dies ist nicht im Interesse der Menschen mit Behinderung.

**25 Teilhabe von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf****§ 57****Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich**

(1) Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erhalten Menschen mit Behinderungen

30 1. im Eingangsverfahren zur Feststellung, ob die Werkstatt die geeignete Einrichtung für die Teilhabe des Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben ist sowie welche Bereiche der Werkstatt und welche Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die Menschen mit Behinderungen in Betracht kommen, und um einen Eingliederungsplan zu erstellen.

35 2. im Berufsbildungsbereich, wenn die Leistungen erforderlich sind, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit des Menschen mit Behinderungen so weit wie möglich zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen und erwartet werden kann, dass der Mensch mit Behinderungen nach Teilnahme an diesen Leistungen in der Lage ist, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung im Sinne des § 219 zu erbringen.

40 (2) Die Leistungen im Eingangsverfahren werden für drei Monate erbracht. Die Leistungsdauer kann auf bis zu vier Wochen verkürzt werden, wenn während des Eingangsverfahrens im Einzelfall festgestellt wird, dass eine kürzere Leistungsdauer ausreichend ist.

45 (3) Die Leistungen im Berufsbildungsbereich werden für zwei Jahre erbracht. Sie werden in der Regel zunächst für ein Jahr bewilligt. Sie werden für ein weiteres Jahr bewilligt, wenn auf Grund einer fachlichen Stellungnahme, die rechtzeitig vor Ablauf des Förderzeitraums nach Satz 2 abzugeben ist, angenommen wird, dass die Leistungsfähigkeit des Menschen mit Behinderungen weiterentwickelt oder wiedergewonnen werden kann.

50 (4) Zeiten der individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen einer unterstützten Beschäftigung nach § 55 werden zur Hälfte auf die Dauer des Berufsbildungsbereichs angerechnet. Allerdings dürfen die Zeiten individueller betrieblicher Qualifizierung und die Zeiten des Berufsbildungsbereichs insgesamt nicht mehr als 36 Monate betragen.

**§ 219****Begriff und Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen**

55 (1) Die Werkstatt für behinderte Menschen ist eine Einrichtung zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben im Sinne des Kapitels 10 des Teils 1 und zur Eingliederung in das Arbeitsleben. Sie hat denjenigen behinderten Menschen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können,

60 1. eine angemessene berufliche Bildung und eine Beschäftigung zu einem ihrer Leistung angemessenen Arbeitsentgelt aus dem Arbeitsergebnis anzubieten und

2. zu ermöglichen, ihre Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.



Sie fördert den Übergang geeigneter Personen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen. Sie verfügt über ein möglichst breites Angebot an Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen sowie über qualifiziertes Personal und einen begleitenden Dienst. Zum Angebot an Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen gehören ausgelagerte Plätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Die ausgelagerten Arbeitsplätze werden zum Zwecke des Übergangs und als dauerhaft ausgelagerte Plätze angeboten.

(2) Die Werkstatt steht allen behinderten Menschen im Sinne des Absatzes 1 unabhängig von Art oder Schwere der Behinderung offen, sofern erwartet werden kann, dass sie spätestens nach Teilnahme an Maßnahmen im Berufsbildungsbereich wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen werden. Dies ist nicht der Fall bei behinderten Menschen, bei denen trotz einer der Behinderung angemessenen Betreuung eine erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung zu erwarten ist oder das Ausmaß der erforderlichen Betreuung und Pflege die Teilnahme an Maßnahmen im Berufsbildungsbereich oder sonstige Umstände ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung im Arbeitsbereich dauerhaft nicht zulassen.

(3) Behinderte Menschen, die die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer Werkstatt nicht erfüllen, sollen in Einrichtungen oder Gruppen betreut und gefördert werden, die der Werkstatt angegliedert sind. Die Betreuung und Förderung kann auch gemeinsam mit den Werkstattbeschäftigten in der Werkstatt erfolgen. Die Betreuung und Förderung soll auch Angebote zur Orientierung auf Beschäftigung enthalten.

## **Forderung: Vollständige Einbeziehung aller Menschen mit Behinderung**

Die BAG WfbM ist nach wie vor der Auffassung, dass die Engführung in § 219 Abs. 2 SGB IX-NEU auf ein „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ als Zugangskriterium zu Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben vor dem Hintergrund der UN-BRK keine Grundlage mehr hat.

Die BAG WfbM bemängelt, dass im Gesetzentwurf der Personenkreis der Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf nicht ausreichend berücksichtigt wird. Aufgrund dessen ist eine konsequente Umsetzung der UN-BRK, genauer der Artikel 24, 26 und 27, nicht möglich. Anstelle einer Gleichstellung dieses Personenkreises findet weiterhin eine Diskriminierung statt.

Das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen im Sinne von § 8 SGB IX-NEU muss handlungsleitend sein. Das bedeutet, dass es Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf möglich sein muss, entsprechend ihres Wunsches entweder tagesstrukturierende Maßnahmen (u. a. Leistungen zur Sozialen Teilhabe gemäß § 76 SGB IX-NEU) oder Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§§ 49 ff. SGB IX-NEU, §§ 56 - 58 SGB IX-NEU) in Anspruch zu nehmen.

Es wird Werkstätten mittels § 219 Abs. 3 S. 2 SGB IX-NEU künftig ermöglicht, Menschen mit Behinderung, die nicht in der Lage sind, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen, gemeinsam mit Werkstattbeschäftigten innerhalb der Werkstatt zu betreuen und zu fördern. Mit dieser Möglichkeit ist keine formale Aufnahme dieser Menschen in die Werkstatt verbunden. Sie erhalten somit nicht den arbeitnehmerähnlichen Rechtsstatus und



die damit verbundene Einbeziehung in die gesetzliche Sozial- und Unfallversicherung. Dies kritisiert die BAG WfbM.

105 Auch Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen haben das Recht auf Berufliche Bildung und Teilhabe am Arbeitsleben. Auch sie sind beruflich zu qualifizieren.

Die BAG WfbM spricht sich für die Einbeziehung derjenigen Personen mit hohem Unterstützungsbedarf aus, die sich für Teilhabe am Arbeitsleben entscheiden – mit allen Rechten, die sich aus dem arbeitnehmerähnlichen Rechtsstatus ergeben. Faktisch und rechtlich wird diese Personengruppe momentan von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben ausgeschlossen. Der  
110 Gesetzentwurf hält weiterhin an dem Ausschlusskriterium „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ fest. Dem tritt die BAG WfbM entschieden entgegen.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass für die Einbeziehung in den Berufsbildungsbereich bzw. Arbeitsbereich der Werkstätten die notwendigen strukturellen Voraussetzungen bereitgestellt werden müssen. Dazu zählen insbesondere die individuellen Personalschlüssel und die räumli-  
115 chen Verhältnisse, wie sie für Tagesförderbereiche gelten.

Bei Ausübung des Wunsch- und Wahlrechtes, d. h. bei einem Wechsel von tagesstrukturierenden Maßnahmen zu Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben, fallen gesamtgesellschaftlich keine zusätzlichen Kosten an, da an anderer Stelle Ausgaben vermieden werden.

**120 Verbesserung der Einkommenssituation****§ 82 SGB XII****Begriff des Einkommens**

125 3) Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist ferner ein Betrag in Höhe von 30 vom Hundert des Einkommens aus selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit der Leistungsberechtigten abzusetzen, höchstens jedoch 50 vom Hundert der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28. Abweichend von Satz 1 ist bei einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen von dem Entgelt ein Achtel der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 zuzüglich 25 vom Hundert des diesen Betrag übersteigenden Entgelts abzusetzen. Im Übrigen kann in begründeten Fällen ein anderer als in Satz 1 festgelegter Betrag vom Einkommen abgesetzt werden. Erhält eine leistungsberechtigte Person mindestens aus einer Tätigkeit Bezüge oder Einnahmen, die nach § 3 Nummer 12, 26, 26a oder 26b des Einkommensteuergesetzes steuerfrei sind, ist abweichend von den Sätzen 1 und 2 ein Betrag von bis zu 200 Euro monatlich nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

§ 82 wird wie folgt geändert:

135 a) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „25“ durch die Angabe „50“ ersetzt.

**Forderung: Arbeitsförderungsgeld erhöhen**

Die BAG WfbM spricht sich für eine Verbesserung der Einkommenssituation der Werkstattbeschäftigten aus. Das durch die bestehende Gesetzgebung vorgegebene Entgeltsystem wird von einer steigenden Anzahl von Werkstattbeschäftigten und Werkstattträgern als nicht angemessen bewertet. Ein erster Schritt in Richtung einer Verbesserung wäre eine Erhöhung des Arbeitsförderungsgeldes. Es ist bedauerlich, dass im vorliegenden Gesetzentwurf in § 59 SGB IX-NEU eine Anhebung nicht vorgesehen ist.

145 In § 82 Abs. 3 S. 2 SGB XII-NEU ist eine Erhöhung des Freibetrages bei der Anrechnung des Entgeltes von Werkstattbeschäftigten auf die Grundsicherung von 25 % auf 50 % vorgesehen. Eine solche Erhöhung wird nur eine geringe Verbesserung des monatlichen Entgeltes bewirken. Außerdem kommt sie nur jenen Werkstattbeschäftigten zugute, die Grundsicherung nach SGB XII beziehen. Alle anderen Werkstattbeschäftigten erfahren keine Verbesserung der Einkommenssituation.

150 Eine Erhöhung des Arbeitsförderungsgeldes kombiniert mit dem Wegfall der Obergrenze von 325 € für die Zahlung des Arbeitsförderungsgeldes würde eine spürbare Verbesserung der Einkommenssituation aller Werkstattbeschäftigten bewirken.

Weitere Ansätze wären eine Erhöhung des Arbeitsförderungsgeldes im Sinne eines existenzsichernden Einkommens oder die Auszahlung der unterschiedlichen Unterstützungsleistungen „wie aus einer Hand“ an den Menschen mit Behinderung.

155 Werkstattbeschäftigte und deren Angehörige wünschen sich eine Debatte über die Verbesserung der gesamten Einkommens- und Lebenssituation der Menschen mit Behinderung.

**Teilhabeplanverfahren****§ 19****Teilhabeplan**

(1) Soweit Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Rehabilitationsträger erforderlich sind, ist der leistende Rehabilitationsträger dafür verantwortlich, dass er und die nach § 15 beteiligten Rehabilitationsträger im Benehmen miteinander und in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten die nach dem individuellen Bedarf voraussichtlich erforderlichen Leistungen hinsichtlich Ziel, Art und Umfang funktionsbezogen feststellen und schriftlich so zusammenstellen, dass sie nahtlos ineinander greifen.

(2) Der leistende Rehabilitationsträger erstellt in den Fällen nach Absatz 1 einen Teilhabeplan innerhalb der für die Entscheidung über den Antrag maßgeblichen Frist. Der Teilhabeplan dokumentiert

1. den Tag des Antragseingangs beim leistenden Rehabilitationsträger und das Ergebnis der Zuständigkeitsklärung und Beteiligung nach §§ 14 und 15,

2. die Feststellungen über den individuellen Rehabilitationsbedarf auf Grundlage der Bedarfsermittlung nach § 13,

3. die zur individuellen Bedarfsermittlung nach § 13 eingesetzten Instrumente,

4. die gutachterliche Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit nach § 54,

5. die Einbeziehung von Diensten und Einrichtungen bei der Leistungserbringung,

6. erreichbare und überprüfbare Teilhabeziele und deren Fortschreibung,

7. die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 8, insbesondere im Hinblick auf die Ausführung von Leistungen durch ein Persönliches Budget,

8. die Dokumentation der einvernehmlichen, umfassenden und trägerübergreifenden Feststellung des Rehabilitationsbedarfs in den Fällen nach § 15 Absatz 3 Satz 2,

9. die Ergebnisse der Teilhabeplankonferenz nach § 20

10. die Erkenntnisse aus den Mitteilungen der nach § 22 einbezogenen anderen öffentlichen Stellen und

11. die besonderen Belange pflegender Angehöriger bei der Erbringung von Leistungen der medizinischen Rehabilitation.

(3) Der Teilhabeplan wird entsprechend dem Verlauf der Rehabilitation angepasst und darauf ausgerichtet, den Leistungsberechtigten unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalls eine umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zügig, wirksam, wirtschaftlich und auf Dauer zu ermöglichen. Dabei sichert der leistende Rehabilitationsträger durchgehend das Verfahren. Die Leistungsberechtigten können von dem leistenden Rehabilitationsträger Einsicht in den Teilhabeplan nach § 25 des Zehnten Buches verlangen.



195 (4) Die Rehabilitationsträger legen den Teilhabeplan bei der Entscheidung über den Antrag zugrunde. Die Begründung der Entscheidung über die beantragten Leistungen nach § 35 des Zehnten Buches soll erkennen lassen, inwieweit die im Teilhabeplan enthaltenen Feststellungen bei der Entscheidung berücksichtigt wurden.

200 (5) Ein nach § 15 beteiligter Rehabilitationsträger kann das Verfahren nach den Absätzen 1 bis 3 anstelle des leistenden Rehabilitationsträgers durchführen, wenn die Rehabilitationsträger dies in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten vereinbaren. Die Vorschriften über die Leistungsverantwortung der Rehabilitationsträger nach §§ 14 und 15 bleiben hiervon unberührt.

(6) Setzen unterhaltssichernde Leistungen den Erhalt von anderen Leistungen zur Teilhabe voraus, gelten die Leistungen im Verhältnis zueinander nicht als Leistungen verschiedener Leistungsgruppen im Sinne von Absatz 1.

## 205 Änderungen der WVO

§ 2 WVO wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Ein Tätigwerden des Fachausschusses unterbleibt, soweit ein Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch durchgeführt wird.“

## 210 Forderung: Beteiligung der Leistungserbringer

§ 19 SGB IX-NEU beschreibt ein verbindliches Verfahren zur Erstellung eines Teilhabeplans, soweit Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Rehabilitationsträger erforderlich sind.

215 Für alle leistungsberechtigten Personen, die Leistungen mehrerer Kostenträger in Anspruch nehmen – also auch Werkstattbeschäftigte, die neben der Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben weitere Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten – soll ein schriftlicher Teilhabeplan zur Koordinierung der unterschiedlichen Leistungen erstellt werden. Ein Tätigwerden des Fachausschusses würde somit unterbleiben.

220 Die BAG WfbM fordert, dass auch Leistungserbringer, wie zum Beispiel Werkstätten für behinderte Menschen, bei der Erstellung des Teilhabeplans bzw. des Gesamtplans beteiligt werden.

225 Derzeit beraten Leistungserbringer gemeinsam mit Leistungsträgern im Fachausschuss darüber, welche Leistungen der Eingliederungshilfe für den Menschen mit Behinderung in Betracht kommen. Eine derartige Schnittstelle zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer, ergänzt durch den Leistungsberechtigten, sichert Objektivität und Fachlichkeit bei der Bedarfsfeststellung und muss erhalten bleiben.

Die Aufgabe der Teilhabeplanung ist es, die gesamte Angebotspalette der Teilhabemöglichkeiten im Sinne des Wunsch- und Wahlrechtes zu berücksichtigen und passgenaue Leistungen entsprechend der individuellen Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung anzubieten.



230 Eine in regelmäßigen Zeitabständen stattfindende Bedarfsfeststellung auf Augenhöhe darf nicht durch eine kurzfristige Bewertung nach Aktenlage ersetzt werden. Dafür ist die Perspektive aller Beteiligten notwendig – also auch die von Leistungsberechtigten und Leistungserbringern.



**Teilhabeplankonferenz****§ 20****Teilhabeplankonferenz**

(1) Mit Zustimmung der Leistungsberechtigten kann der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens nach § 19 verantwortliche Rehabilitationsträger zur gemeinsamen Beratung der Feststellungen zum Rehabilitationsbedarf eine Teilhabeplankonferenz durchführen. Die Leistungsberechtigten und die beteiligten Rehabilitationsträger können dem nach § 19 verantwortlichen Rehabilitationsträger die Durchführung einer Teilhabeplankonferenz vorschlagen. Von dem Vorschlag auf Durchführung einer Teilhabeplankonferenz kann abgewichen werden,

1. wenn der zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann,

2. der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht

3. oder eine Einwilligung nach § 23 Absatz 2 nicht erteilt wurde.

(2) Wird von dem Vorschlag der Leistungsberechtigten auf Durchführung einer Teilhabeplankonferenz abgewichen, sind die Leistungsberechtigten über die dafür maßgeblichen Gründe zu informieren und hierzu anzuhören. Von dem Vorschlag der Leistungsberechtigten auf Durchführung einer Teilhabeplankonferenz kann nicht abgewichen werden, wenn Leistungen an Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder beantragt wurden.

(3) An der Teilhabeplankonferenz nehmen Beteiligte nach § 12 des Zehnten Buches sowie auf Wunsch der Leistungsberechtigten die Bevollmächtigten und Beistände nach § 13 des Zehnten Buches teil. Auf Wunsch oder mit Zustimmung der Leistungsberechtigten können Rehabilitationssdienste und Rehabilitationseinrichtungen an der Teilhabeplankonferenz teilnehmen. Vor der Durchführung einer Teilhabeplankonferenz sollen die Leistungsberechtigten auf die Angebote der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung nach § 32 besonders hingewiesen werden.

(4) Wird eine Teilhabeplankonferenz nach Absatz 1 auf Wunsch und mit Zustimmung der Leistungsberechtigten eingeleitet, richtet sich die Frist zur Entscheidung über den Antrag nach § 15 Absatz 4.

**Forderung: Beteiligung der Leistungserbringer**

Aus Sicht der BAG WfbM reicht es nicht aus, dass pflichtgemäßes Ermessen des Rehabilitationsträgers darüber entscheidet, ob eine Teilhabeplankonferenz gemäß § 20 SGB IX-NEU stattfindet oder nicht. Äußert der Leistungsberechtigte den Wunsch nach Stattfinden einer Teilhabeplankonferenz, so darf diesem nicht widersprochen werden.

Im Falle der Durchführung einer Teilhabeplan- bzw. Gesamtplankonferenz ist es aus Sicht der BAG WfbM zwingend erforderlich, dass immer auch der Leistungsberechtigte und die Leistungserbringer an der Konferenz teilnehmen.



## 270 **Andere Leistungsanbieter**

### **§ 60**

#### **Andere Leistungsanbieter**

(1) Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen nach den §§ 57, 58 haben, können diese auch bei einem anderen Leistungsanbieter in Anspruch nehmen.

275 (2) Die Vorschriften für Werkstätten für behinderte Menschen gelten mit folgenden Maßgaben für andere Leistungsanbieter:

1. sie bedürfen nicht der förmlichen Anerkennung,

2. sie müssen nicht über eine Mindestplatzzahl und die für die Erbringung der Leistungen in Werkstätten erforderliche räumliche und sächliche Ausstattung verfügen,

280 3. sie können ihr Angebot auf Leistungen nach §§ 57 oder 58 oder Teile solcher Leistungen beschränken und

4. sie sind nicht verpflichtet, Menschen mit Behinderungen Leistungen nach §§ 57 oder 58 zu erbringen, wenn und solange die Leistungsvoraussetzungen vorliegen.

285 (3) Eine Verpflichtung des Leistungsträgers, Leistungen durch andere Leistungsanbieter zu ermöglichen, besteht nicht.

(4) Für das Rechtsverhältnis zwischen dem anderen Leistungsanbieter und dem Menschen mit Behinderungen gilt § 221 entsprechend.

### **Forderung: Keine Verschlechterung der Teilhabeleistungen**

290 Andere Anbieter müssen mindestens den qualitativen Anforderungen gerecht werden, die an die Einrichtungen und Dienste der beruflichen Rehabilitation gestellt werden.

295 Die BAG WfbM fordert, dass in § 60 SGB IX-NEU ein expliziter Verweis auf die Regelungen der Werkstättenverordnung (WVO) sowie auf die Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO), die Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) und auf das „Fachkonzept für das Eingangsverfahren und den Berufsbildungsbereich“ der Bundesagentur für Arbeit erfolgt.

300 Auch sollten die Mitwirkungsrechte im Sinne der WMVO für die Menschen mit Behinderungen bei anderen Leistungsanbietern gelten. Als problematisch wird hier angesehen, dass die Errichtung eines Werkstattrats zur Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten erst ab einer Anzahl von 120 Personen verpflichtend ist. Andere Leistungsanbieter sollten unabhängig von ihrer Platzzahl ebenfalls verpflichtet sein, ein Vertretungsorgan für die Beschäftigten zu schaffen.

Besonders zu berücksichtigen ist eine angemessene Qualifizierung und tarifliche Vergütung der Fachkräfte, die bei anderen Leistungsanbietern arbeiten. Nur so kann verhindert werden, dass mögliche Preiskämpfe und Lohndumping bei der Leistungserbringung zum Nachteil von Be-



305 schäftigten und Fachkräften ausgetragen werden und letztlich die Qualität der Teilhabeleistung mindern.

Wichtig ist: Der Mensch mit Behinderung muss neben der Ausübung seiner wirtschaftlichen Tätigkeit auch eine personenzentrierte Förderung erhalten.

**310 Berufliche Bildung****§ 57****Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich**

(1) Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erhalten Menschen mit Behinderungen

315 1. im Eingangsverfahren zur Feststellung, ob die Werkstatt die geeignete Einrichtung für die Teilhabe des Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben ist sowie welche Bereiche der Werkstatt und welche Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die Menschen mit Behinderungen in Betracht kommen, und um einen Eingliederungsplan zu erstellen.

320 2. im Berufsbildungsbereich, wenn die Leistungen erforderlich sind, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit des Menschen mit Behinderungen so weit wie möglich zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen und erwartet werden kann, dass der Mensch mit Behinderungen nach Teilnahme an diesen Leistungen in der Lage ist, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung im Sinne des § 219 zu erbringen.

325 (2) Die Leistungen im Eingangsverfahren werden für drei Monate erbracht. Die Leistungsdauer kann auf bis zu vier Wochen verkürzt werden, wenn während des Eingangsverfahrens im Einzelfall festgestellt wird, dass eine kürzere Leistungsdauer ausreichend ist.

330 (3) Die Leistungen im Berufsbildungsbereich werden für zwei Jahre erbracht. Sie werden in der Regel zunächst für ein Jahr bewilligt. Sie werden für ein weiteres Jahr bewilligt, wenn auf Grund einer fachlichen Stellungnahme, die rechtzeitig vor Ablauf des Förderzeitraums nach Satz 2 abzugeben ist, angenommen wird, dass die Leistungsfähigkeit des Menschen mit Behinderungen weiterentwickelt oder wiedergewonnen werden kann.

335 (4) Zeiten der individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen einer unterstützten Beschäftigung nach § 55 werden zur Hälfte auf die Dauer des Berufsbildungsbereichs angerechnet. Allerdings dürfen die Zeiten individueller betrieblicher Qualifizierung und die Zeiten des Berufsbildungsbereichs insgesamt nicht mehr als 36 Monate betragen.

**Forderungen: Berufliche Bildung anerkennen****Berufsbildungsbereich auf drei Jahre verlängern**

340 § 57 SGB IX-NEU beschreibt die Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich in Werkstätten für behinderte Menschen. Diese Vorschrift entspricht dem bisherigen § 40 SGB IX.

Die BAG WfbM bekräftigt an dieser Stelle erneut ihre Forderung nach einer Verlängerung des Berufsbildungsbereichs auf drei Jahre.

345 Menschen mit Behinderungen bedürfen eines deutlich höheren Maßes an Beruflicher Bildung. Es bedarf spezifischer Methoden und längerer Zeiträume, um diesen Personengruppen Inhalte der Beruflichen Bildung näher zu bringen.



Jede Regelausbildung dauert drei Jahre. Für viele Teilnehmer des Berufsbildungsbereichs ist die Berufliche Bildung in der Werkstatt die erste und einzige Berufliche Bildung, die sie erfahren. Die Verkürzung der Beruflichen Bildung bei Menschen mit Behinderung auf zwei Jahre stellt eine eindeutige Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen gemäß Art. 24 und 27 UN-BRK gegenüber anderen Auszubildenden dar, deren Ausbildungszeit drei Jahre beträgt.

Ebenso diskriminiert die Nichtanerkennung der in Werkstätten erbrachten Leistungen der Beruflichen Bildung Menschen mit Behinderung und verringert die Durchlässigkeit des gesamten Systems. Zukünftig stellt sich die Frage, inwiefern diese Leistungen im System der Beruflichen Bildung zu verorten und mit anderen Bildungsangeboten zu vernetzen sind, damit das Recht auf Bildung formal anerkannt werden kann.

**Budget für Arbeit****§ 61****Budget für Arbeit**

- 360 (1) Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen nach § 58 haben und denen von einem privaten oder öffentlichen Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit einer tarifvertraglichen oder ortsüblichen Entlohnung angeboten wird, erhalten mit Abschluss dieses Arbeitsvertrages als Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben ein Budget für Arbeit.
- 365 (2) Das Budget für Arbeit umfasst einen Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber zum Ausgleich der Leistungsminderung des Beschäftigten und die Aufwendungen für die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz. Der Lohnkostenzuschuss beträgt bis zu 75 Prozent des vom Arbeitgeber regelmäßig gezahlten Arbeitsentgeltes, höchstens jedoch 40 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches.
- 370 Dauer und Umfang der Leistungen bestimmen sich nach den Umständen des Einzelfalls. Durch Landesrecht kann von dem Prozentsatz der Bezugsgröße nach Satz 2, zweiter Halbsatz nach oben abgewichen werden.
- 375 (3) Ein Lohnkostenzuschuss ist ausgeschlossen, wenn zu vermuten ist, dass der Arbeitgeber die Beendigung eines anderen Beschäftigungsverhältnisses veranlasst hat, um durch die ersatzweise eines Menschen mit Behinderungen den Lohnkostenzuschuss zu erhalten.
- (4) Die am Arbeitsplatz wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung kann von mehreren Leistungsberechtigten gemeinsam in Anspruch genommen werden.
- (5) Eine Verpflichtung des Leistungsträgers, Leistungen zur Beschäftigung bei privaten oder öffentlichen Arbeitgebern zu ermöglichen, besteht nicht.
- 380 **Forderung: Unbefristeter Anspruch auf Leistungen nach § 58 SGB IX-NEU**
- Das Budget für Arbeit soll dauerhaft voll erwerbsgeminderten Menschen die Möglichkeit einräumen, langfristig auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf Basis eines Arbeitsvertrages und der Finanzierung eines Minderleistungsausgleichs sowie der Betreuungsaufwendungen tätig zu sein.
- 385 Es muss klar geregelt werden, dass Menschen mit Behinderung, die anspruchsberechtigt für das Budget für Arbeit sind, langfristig den Rechtsstatus der dauerhaften vollen Erwerbsminderung behalten. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Ausübung eines unbefristeten Rückkehrrechts in die Werkstatt bzw. der damit verbundene Anspruch auf Leistungen nach § 58 SGB IX-NEU auch nach mehreren Jahren Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, z. B. im Falle einer Geschäftsaufgabe oder Insolvenz des Arbeitgebers möglich.
- 390



## Vertragsrecht

### § 125

#### Inhalt der schriftlichen Vereinbarung

- 395 (1) In der schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Träger der Eingliederungshilfe und dem Leistungserbringer sind zu regeln:
1. Inhalt, Umfang und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen der Eingliederungshilfe (Leistungsvereinbarung) und
  2. die Vergütung der Leistungen der Eingliederungshilfe (Vergütungsvereinbarung).
- 400 (2) In der Leistungsvereinbarung sind als wesentliche Leistungsmerkmale mindestens aufzunehmen
1. der zu betreuende Personenkreis,
  2. die erforderliche sächliche Ausstattung,
  3. Art, Umfang, Ziel und Qualität der Leistung,
  - 405 4. die Festlegung der personellen Ausstattung,
  5. die Qualifikation des Personals sowie
  6. soweit erforderlich die betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers.
- Soweit die Erbringung von Leistungen nach § 116 Absatz 2 zu vereinbaren ist, sind darüber hinaus die für die Leistungserbringung erforderlichen Strukturen zu berücksichtigen.
- 410 (3) Mit der Vergütungsvereinbarung werden unter Berücksichtigung der Leistungsmerkmale nach Absatz 2 Leistungspauschalen für die zu erbringenden Leistungen unter Beachtung der Grundsätze nach § 123 Absatz 2 festgelegt. Förderungen aus öffentlichen Mitteln sind anzurechnen. Die Leistungspauschalen sind nach Gruppen von Leistungsberechtigten mit vergleichbarem Bedarf oder Stundensätzen sowie für die gemeinsame Inanspruchnahme durch mehrere
- 415 Leistungsberechtigte (§ 116 Absatz 2) zu kalkulieren. Abweichend von Satz 1 können andere geeignete Verfahren zur Vergütung und Abrechnung der Fachleistung unter Beteiligung der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen vereinbart werden.
- 420 (4) Die Vergütungsvereinbarungen mit Werkstätten für behinderte Menschen und anderen Leistungsanbietern berücksichtigen zusätzlich die mit der wirtschaftlichen Betätigung in Zusammenhang stehenden Kosten, soweit diese Kosten unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse beim Leistungserbringer und der dort beschäftigten Menschen mit Behinderungen nach Art und Umfang über die in einem Wirtschaftsunternehmen üblicherweise entstehenden Kosten hinausgehen. Können die Kosten im Einzelfall nicht ermittelt werden, kann hierfür eine Vergütungspauschale vereinbart werden. Das Arbeitsergebnis des Leistungserbringers darf
- 425 nicht dazu verwendet werden, die Vergütung des Trägers der Eingliederungshilfe zu mindern.



### **Forderung: Berücksichtigung von Vorhalte-, Investitions- und Strukturkosten**

430

Bei der Vereinbarung von Leistungspauschalen nach § 125 Abs. 3 SGB IX-NEU ist unbedingt sicherzustellen, dass auch besondere Vergütungselemente, vor allem Vorhaltekosten, Investitions- und Strukturkosten, Berücksichtigung finden.

Eine Änderung der Finanzierungssystematik, die als Ergebnis zu einer Unterfinanzierung der Leistungen führt und somit Leistungsbegrenzungen für die Leistungsberechtigten hervorbringt, lehnt die BAG WfbM ab.